
**SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, und FDP-Fraktionen
im Rat der Stadt Göttingen**

SPD-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

CDU-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

FDP-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 199

Tel.: 0551-400 2290

E-Mail spd-fraktion@goettingen.de

Zimmer 119

Tel.: 0551-400 2215

E-Mail cdu-fraktion@goettingen.de

Zimmer 130

Tel.: 0551-400 2785

E-Mail grueneratsfraktion@goettingen.de

Zimmer 196

Tel.: 0551-400 2499

E-Mail FDP-Fraktion@goettingen.de

Eing.: 28./29.11.2019

Göttingen, 29. November 2019

Resolution für den Rat am 13. Dezember 2019

**Resolution im Rat der Stadt Göttingen
zur Sitzung des Rates der Stadt Göttingen
am Freitag, dem 13. Dezember 2019**

**Gegen Gewalt und Terror - für ein friedliches, weltoffenes und
demokratisches Göttingen“**

Der Rat verurteilt aufs Schärfste den Brandanschlag auf das Amtshaus mit Sitz der städtischen Ausländerbehörde.

Die Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ist ein Anschlag auf die Demokratie. Die Drohungen gegen die Mitarbeiter*innen der Stadt ist ein Versuch der kriminellen Einschüchterung und politischen Beeinflussung. Beides ist für uns Anlass, uns konsequent gegen jegliche Form antidemokratischen und gewaltsamen Agierens zu stellen.

Die Mitarbeiter*innen, die tagtäglich gewissenhaft ihrer Arbeit nachgehen und dabei geltendes und demokratisch legitimes Recht anwenden und umsetzen verdienen für ihren Einsatz unsere Solidarität, unseren Respekt und unsere Anerkennung. Wir bitten den Oberbürgermeister alles Mögliche zu tun, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Göttingen muss eine Stadt des Friedens, der Weltoffenheit und des friedlichen Meinungsaustausches bleiben. Ohne Gewalt und ohne Anschläge.

Wer immer auch - ob von rechts oder von links - seine politische Meinung mit Gewalt und Einschüchterung durchsetzen will, muss von allen Demokratinnen und Demokraten als Feind der Demokratie geächtet werden.

Begründung:

Am 25.11.2019 wurde ein Brandanschlag auf das Amtshaus verübt, in dem die Ausländerbehörde untergebracht ist. Zu Schaden kam das Gebäude, beschädigt wurde die administrative Infrastruktur. Dadurch wurden Verwaltungsakte für die Betroffenen massiv verzögert, sodass diese in ihren Lebenssituationen leiden müssen. Die Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde sollten durch den Anschlag offenbar eingeschüchtert werden, eine Zumutung für diejenigen, die geltendes Recht anwenden. Auf dem Weg der Gewalt kann kein demokratischer Diskurs akzeptiert werden. In einer weltoffenen und demokratischen Stadt ist der friedliche Meinungsaustausch der einzig richtige Weg.